

Motiv Spezial Rechts

kostenlos
Stand
07/14

Der Neonazi-Treffpunkt Lückstraße 58 - Ein Rückblick

1191 Tage in Lichtenberg

Insgesamt 1191 Tage bestand der Neonazi-Treffpunkt in der Lückstraße 58. Seit dem 3. Juni 2014 ist er Geschichte. Die Neonazis verabschiedeten sich Ende Mai mit mehreren Versammlungen vor dem Objekt. Am 29. Mai 2014 gab es schließlich nach Bedrohungen gegen Antifaschist_innen noch einmal einen größeren Polizeieinsatz, bei dem mehrere Neonazis festgenommen wurden.

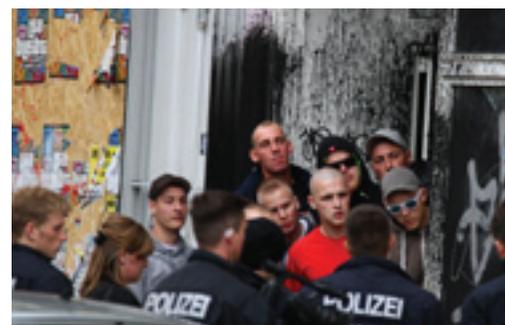
Der Treffpunkt war in den letzten drei Jahren eines der zentralen Objekte der Berliner Neonazi-Szene. Hier fanden Veranstaltungen, Kampfsportkurse und Neonazi-Feiern statt. Die Lückstraße 58 war Ausgangspunkt für Propagandatouren, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen gegen Migrant_innen und Andersdenkende, die nicht ins Weltbild der Neonazis passten.

In der vorliegenden Publikation wird die Funktion, die ein solches Objekt für Neonazis hat, beschrieben. Es wird die regionale Verteilung von Neonazi-Immobilien in Deutschland gezeigt und die Entwicklung, die zur Anmietung der Lückstraße 58 führte, nachgezeichnet.

Das Objekt wurde mit Hilfe des Neonazi-Tarnvereins „Sozial engagiert in Berlin e.V.“ (kurz „SeiB e.V.“) angemietet. Das „Motiv Rechts“-Spezial stellt die zentralen Akteure des Vereins vor und wirft einen Blick ins Innere der Lückstraße 58.

Zum Schluss werden Tipps vorgestellt, wie in Zukunft mit ähnlichen Objekten umgegangen werden kann.

Viel Spaß beim Lesen,
das „Motiv Rechts“-Redaktionskollektiv, Juli 2014



Am 29. Mai 2014 versammelten sich 25 Neonazis in der Lückstraße 58, lieferten sich Verfolgungsjagden mit der Polizei und versuchten Antifaschist_innen anzugreifen.



Antifaschistische Kundgebung im gegenüberliegenden Blockpark am 29. Mai 2014.

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 -	Funktionen & Verteilung von Neonazi-Immobilien
Seite 3 -	Beispiele von Neonazi-Immobilien
Seite 4 -	Ehemalige Neonazi-Immobilien im Bezirk
Seite 6 -	Kampagne „Jugend braucht Perspektiven“
Seite 7 -	Der Tarnverein „Sozial engagiert in Berlin“ Die Akteure des Vereins
Seite 8 -	Der Neonazi-Treffpunkt Lückstraße 58
Seite 10 -	Beispiel: Die Rheinische Straße 135 Der Rechtsstreit
Seite 11 -	Proteste
Seite 12 -	Was tun?



Protest gegen die Lückstraße 58, April 2013

Funktionen und Verteilung von Neonazi-Immobilien

Für Neonazis haben eigene Immobilien einen hohen Stellenwert, weil sie in eigens gekauften oder angemieteten Räumlichkeiten schalten und walten können, wie es ihnen beliebt. Dies ist bei gekauften Häusern und Wohnungen natürlich deutlich leichter als bei angemieteten Objekten, weil sie die rechtmäßig eingetragenen Eigentümer sind. Je nach Größe und Lage der Immobilie erfüllen die Treffpunkte unterschiedliche Aufgaben.

In erster Linie stellen Neonazi-Immobilien einen Ort dar, in dem sich die bereits bestehende Neonazi-Szene treffen kann. Ausgehend von diesen teils regelmäßig stattfindenden Treffen können dann weitere Aktivitäten geplant und durchgeführt werden. Damit dienen die Räumlichkeiten zum einen der Planung von Aktionen, zum anderen als Startpunkt für ebensolche. Der Vorteil ist hierbei, dass sie nicht ihren privaten Wohnraum zur Verfügung stellen müssen, sondern sich extern versammeln können. Somit wird das Risiko von Hausdurchsuchungen in privaten Wohnungen verringert und Interessenten können unverfänglicher eingebunden werden. Weiterhin wirken die Immobilien als strategischer Rückzugsraum, in dem Material für Aktionen, Propaganda-Material, Waffen und ähnliches gelagert wird, damit es ad hoc griffbereit ist.



Die Funktionen von Neonazi-Immobilien am Beispiel des ehemals „besetzten“ Hauses in der Weitlingstraße 122 (siehe Seite 4)

Abseits des politischen Aspekts dienen die Räumlichkeiten auch als Ort für Partys. Hier werden von den Neonazis als Geburtstagsfeiern getarnte Konzerte und/oder Liederabende veranstaltet. Somit erfüllt der Ort auch eine hohe soziale Funktion. Denn hier können Sie sich einfach mal gehen lassen und zu ihrer Musik - oft auch ohne äußere Wahrnehmung - gemeinsame Abende verbringen. Nach außen hin fallen solche Orte dann oft erst auf, wenn aus solchen Feiern heraus Straftaten begangen werden.

Bei parteipolitischen Veranstaltungen und/oder Schulungen können die Neonazis in ihren Immobilien unbemerkt von Zivilgesellschaft und Staat hetzen und ihre rassistischen Parolen verbreiten. Ihre menschenverachtende Weltanschauung wird dabei weiter geformt und gefestigt.

Und schließlich können sie sich auch – besonders auf dem Land – den übrigen Bewohner_innen als „normale“ nette Nachbarn von nebenan präsentieren. Hat erstmal eine kommunale Verankerung stattgefunden, wird es umso schwerer, ihre extrem rechte Ideologie in der Nachbarschaft zu thematisieren und dagegen anzugehen.



Verteilung von Neonazi-Immobilien bundesweit
Gesamtzahl: 260 Immobilien (Stand: Mai 2013)
Quelle: Anfrage SPD Bundestag Drucksache 17/14635

Beispiele von Neonazi-Immobilien

Als staatlich anerkannte Partei kann die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mit den finanziellen Zuwendungen, die sie gesetzlich vom Staat erhält, vielfältigste Unternehmungen realisieren. Eine Möglichkeit ist die Anmietung oder der Kauf von Immobilien. Beispiele für Objekte, die von der NPD und anderen Neonazis genutzt werden, gibt es viele.

Ein bekanntes Beispiel ist die NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick, das „Carl-Arthur Bühring“-Haus. Die Zentrale wird u.a. für Sommerfeste und für die Lagerung von Propaganda-Material genutzt. Das Haus ist Arbeitsplatz für mehrere Angestellte der Neonazi-Partei und mehrfach wöchentlich Ort für teilweise bundesweite Vernetzungs- und Planungstreffen. Namensgeber ist der Spender, mit dessen Geld im Jahr 2000 das Grundstück samt Haus erworben werden konnte.

Ein weiteres Beispiel stellen die Räumlichkeiten des NPD-Pressorgans der „Deutschen Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ in Riesa (Sachsen) dar. Das Objekt wird nicht nur als Verlagshaus und als Ladengeschäft mit angeschlossenem Versandhandel genutzt, auch die „Bürgerbüros“ zweier NPD-Landtagsabgeordneter befinden sich dort. Außerdem fungiert die Immobilie sowohl als Landesgeschäftsstelle der NPD in Sachsen und des NPD-Kreisverbandes Meißen als auch als Bundesgeschäftsstelle der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Es wird sichtbar, dass die NPD Immobilien vielfältig nutzt und die lokalen Strukturen damit stärkt.



„Carl-Arthur Bühring“-Haus: NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick



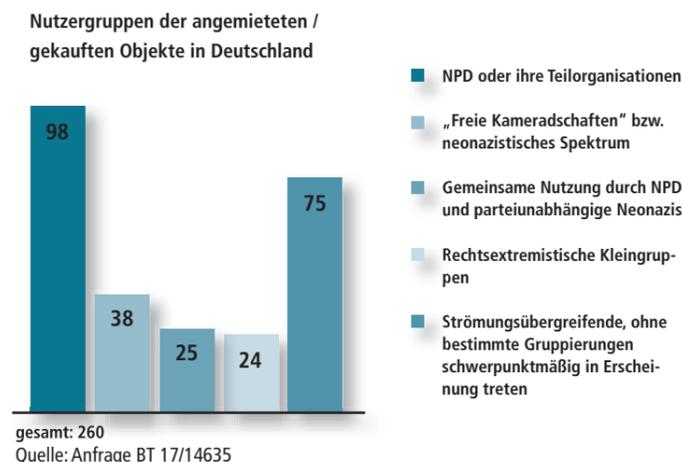
„Deutsche Stimme“ in Riesa



„Thing-Haus“ in Grevesmühlen

Nahezu alle Landtagsabgeordneten der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen verfügen in ihren jeweiligen Wahlkreisen über ein sogenanntes „Bürgerbüro“. Die Räume dienen sowohl als Kontaktstelle für Bürger_innen, als auch z.B. zum Lagern von Propaganda-Material. Die NPD versucht somit den Anschein einer normalen Partei zu erwecken.

Es gibt auch Mischimmobilien, die offensichtlich nicht nur von der NPD, sondern auch von „Freien Nationalisten“ genutzt werden. Dazu gehören das „Nationale Begegnungszentrum“ in Anklam (MV) und das „Thing-Haus“ in Grevesmühlen (MV). Der „bürgerliche“ Anstrich der NPD verfliegt hier jedoch schnell, wenn beim Grillfest im festungsähnlichen „Thing-Haus“ der Rost mit der Aufschrift „Happy Holocaust“ angefeuert wird.



Weitlingstraße 122 – Extrem rechte „Hausbesetzung“ in den 1990er Jahren

Im März 1990 besetzten Anhänger_innen der Nationalen Alternative, der ersten neonazistischen Partei der DDR, ein Haus in der Türirschmidtstraße 17. Da das Objekt der Bezirksverwaltung für Straßenwesen gehörte, wurden ihnen durch die Wohnungsbaugesellschaft des Bezirks Austauschobjekte angeboten, von denen sie sich für die Weitlingstraße 122 entschieden. Die Neonazis unterschrieben am 20. April 1990 als „Bürgerinitiative WOSAN (Wohnraumsanierung)“ einen Mietvertrag.

Bereits am 27. April 1990 stürmte eine Anti-Terroreinheit der Polizei das Haus, um nach Waffen zu suchen. Ein ganzes Waffenarsenal fiel ihr in die Hände. Zudem wurde eine Kartei mit Adressenlisten von Journalist_innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die politisch links stehen, gefunden.

Trotz Razzia entwickelte sich das Haus schnell zum Parteisitz der „Nationalen Alternative“, Schulungszentrum und bundesweiten Treffpunkt der Neonazi-Szene. Zahlreiche Neonazi-Kader – zum Teil Rechtsterroristen – gehörten zu den regelmäßigen Gästen.

In der Umgebung des Bahnhofs Lichtenberg, der schon vor der Wende als Treffpunkt von extrem rechten Skinheads galt, klebte die „Nationale Alternative“ in den folgenden Wochen und Monaten Plakate mit rassistischem und neonazistischem Inhalt. Von der Weitlingstraße gingen im Frühjahr 1990 zahlreiche Angriffe auf Migrant_innen und Linke aus.

Ende Dezember 1990 forderte die Kommunale Wohnungsverwaltung die „Bürgerinitiative WOSAN“ auf, die Weitlingstraße 122 wegen „nicht bestimmungs- und vertragsgemäßer Nutzung“ zu verlassen. Im Frühjahr 1991 kamen die Neonazis der Aufforderung nach. Damit scheiterte dieses neonazistische Vorzeigeprojekt.



Von Neonazis besetzte Häuser in der Weitlingstraße 1990 (rechts) und antifaschistische Demo dagegen (links)

Ehemalige Neonazi-Immobilien im Bezirk

Bereits kurz nach der Wiedervereinigung versuchten Neonazis in Lichtenberg, eine eigene Infrastruktur zu schaffen und sich so Rückzugsräume und Treffpunkte zu sichern.

Hier ein paar Beispiele:

Wearwolf

Zeitraum: 2005 bis 2008

Im März 2005 eröffnete in Alt-Hohenschönhausen das Geschäft „Wearwolf“. Neben extrem rechten Kleidungsmarken wie „Thor Steinar“ wurden über mehrere Jahre CDs und Fanartikel von Rechtsrock-Bands verkauft. Aufgrund von Protesten wurde dem Laden 2008 gekündigt.

Doorbreaker im Ring-Center

Zeitraum: 2002 bis 2008 (Verkauf von „Thor Steinar“)

In der Filiale der Ladenkette „Doorbreaker“ im Ring-Center wurde seit 2002 die extrem rechte Kleidungsmarke „Thor Steinar“ verkauft. Im Jahr 2008 wurde das Geschäft aus dem Einkaufszentrum geworfen.

NPD-Büro Bornitzstraße

Zeitraum: seit frühestens 2004 bis 2006

Die NPD Lichtenberg mietete in der Bornitzstraße ein Büro an. Es wurde auch durch die Berliner Sektion des extrem rechten Märkischen Heimatschutzes genutzt, die sich wöchentlich in den Räumlichkeiten traf.

Horrido

Zeitraum: 2009

In dem Ladengeschäft „Horrido“ in Friedrichsfelde wurden die extrem rechte Kleidungsmarke „Erik and Sons“ und das Merchandise der Rechtsrock-Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ verkauft. Aufgrund starker Proteste musste das Geschäft bereits einige Monate nach der Eröffnung schließen.

Prozentehouse

Zeitraum: bis 2002

Die Kneipe „Prozentehouse“ in Friedrichsfelde wurde zeitweise zum Treffpunkt der Berliner Neonazi-Szene. Es galt nach Schließung des Café Germania als Stammlokal der Kameradschaft Germania. 2001 fanden dort u.a. eine Veranstaltung zum Gedenken an ein SS-Mitglied und ein Konzert mit der extrem rechten Band „Legion of Thor“ statt. Am 23. Februar 2002 wurde das Prozentehouse geschlossen.

Klubhaus der Kameradschaft Spreewacht

Zeitraum: 2004 bis 2005 (Objekt 1); 2006 bis spätestens 2012 (Objekt 2)

Die Kameradschaft Spreewacht mietete mehrere Objekte im Bereich Weitlingkiez an. Die Kameradschaft wurde Ende der Neunziger Jahre gegründet und war nie öffentlichkeitswirksam. Hauptsächlich war sie im Bereich des Rechtsrock verankert. Das erste Objekt in der Archenholdstraße wurde nach mehreren Angriffen durch autonome Antifas geräumt. In dem Klubhaus in der Wönnichstraße fanden bis zum Auszug ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen statt.

Kategorie C

Zeitraum: 1999 - 2001 (Nutzung als offener Neonaziladen)

Ende Oktober 1999 wurde das Geschäft „Kategorie C“ mit angeschlossenem Tattoostudio am Prerower Platz eröffnet. Im „Kategorie C“ wurde neben einschlägigen Hooligan-Devotionalien auch rassistisches und rechtsextrêmes Propaganda-Material angeboten. Nach einem Betreiberwechsel wurden die Angebote für Neonazis aus dem Sortiment genommen.



Legende: Klubhaus Hausprojekt/ Vereinsräume Laden Büro Kneipe Versand

Online-Versand „Reconquista“

Zeitraum: bis 2011

Der extrem rechte Online-Versandhandel „Reconquista“ mietete in Hohenschönhausen Räumlichkeiten an. Nachdem T-Shirt-Motive angeboten worden sind, mit denen die Opfer des Terror-Netzwerkes „Nationalsozialistischer Untergrund“ verhöhnt wurden, folgten Hausdurchsuchungen, ein Ermittlungsverfahren und die Kündigung des Objektes.

Doorbreaker im Linden-Center

Zeitraum: 2002 bis 2010 (Verkauf von Thor Steinar)

In der Filiale der Ladenkette „Doorbreaker“ im Linden-Center wurde seit 2002 die extrem rechte Kleidungsmarke „Thor Steinar“ verkauft. Im Jahr 2010 musste das Geschäft im Einkaufszentrum geräumt werden.

NPD-Zentrale Josef-Orlopp-Str.

Zeitraum: ca. 2002 bis 2004

Auf dem Werkstattgelände des ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden Albrecht Reither in der Josef-Orlopp-Straße befand sich über mehrere Jahre die Landesszentrale der Berliner NPD mit Büro- und Lagerräumen. Die Räumlichkeiten dienten als Infopunkt und Anlaufstelle für Mitglieder und Interessierte aus Berlin und Brandenburg. Mehrfach fanden Veranstaltungen statt.

Café Germania

Zeitraum: 1997 bis 1998

Beim Café Germania handelte es sich um einen zentralen Treff- und Sammelpunkt der Berliner Neonaziszene. Es war bundesweit die erste von Neonazis betriebene und offen als rechter Anlaufpunkt genutzte Kneipe. Dort wurde die Kameradschaft Germania gegründet. Aufgrund von Mietschulden und Protesten schloss die Kneipe nach einem Jahr.

Piccolo

Zeitraum: bis spätestens 2008 (Nutzung als Neonazikneipe)

Die Kneipe „Piccolo“ wurde mehrere Jahre durch Neonazis genutzt, die unter anderem in der näheren Umgebung wohnten. Im Umfeld kam es zu einer Steigerung von extrem rechter Propaganda. Spätestens im Jahr 2008 verließen die Neonazis die Kneipe, die seitdem unauffällig blieb.

Kiste

Zeitraum: bis 2008

Die Kneipe „Kiste“ war über mehrere Jahre Treffort der Lichtenberger Neonaziszene. Mehrfach gingen von der Kneipe Angriffe gegen Linke oder Migrant_innen aus. Die zwei letzten Kneipenwirte waren Teil der extrem rechten Szene: einer gründete die rassistische Initiative „Fress keine Döner“, der andere war in der verbotenen Kameradschaft „Frontbann 24“ organisiert.

Wallhalla 92

Zeitraum: 1999 bis 2009

Der Rocker-Club „Wallhalla 92“ ist ein klassisches Beispiel für die Mischszene aus Rockern und Neonazis. Während der Rockerklub zwar versuchte, sich als unpolitisch darzustellen, gehörten organisierte Neonazis zu den regelmäßigen Gästen des Vereinshauses in Rummelsburg. Mehrfach fanden dort Rechtsrockkonzerte statt.



„Jugend braucht Perspektiven“-Aufmarsch 2003

Die Kampagne „Jugend braucht Perspektiven“

Um zu verstehen, warum die Berliner Neonazis derzeit die Strategie der Anmietung von Räumlichkeiten über Tarnvereine nutzen, lohnt sich ein Blick auf die letzten zehn Jahre und die wiederholten Versuche, ein „nationales Jugendzentrum“ zu gründen. Schon 2003 wurde in Treptow-Köpenick eine Kampagne initiiert, die die Agenda der Nazis für die folgenden Jahre bestimmte.

In den Jahren 2002 und 2003 begannen NPD-Kader wie René Bethage in Treptow und Süd-Neukölln eine aktive Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen zu organisieren. Dafür wurden neue Neonazi-Gruppen wie die „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) gegründet und die Jugendlichen geschult. Erstes Resultat war ein verstärktes offenes Auftreten der radikalisierten Jung-Neonazis in den lokalen Jugendklubs. Nachdem die Treptower Nachwuchs-Neonazis Hausverbote erhielten, richteten sie sich in einem Kellerraum in Johannisthal eine eigene Bleibe ein, bis die Polizei im November 2003 auf der Suche nach dem Urheber eines Stromklaus den Treffpunkt entdeckte.

Die Kampagne war für die Neonazis mehrfach ein Testfeld, um neue Aktionsformen auszuprobieren. So wurden anfangs auf der Demonstration rote Fahnen – laut Neonazi-Erklärung noch ohne Kreis und Hakenkreuz - getragen und Lieder der linksgerichteten Band „Die Ärzte“ gespielt. Später kam es zu angedeuteten



„Wolfsschanze“ - Neonazi-Bunker in Treptow-Köpenick

Erneut ohne eigenen Treffpunkt wurde die Neonazi-Freiraum-Kampagne „Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen!“ ins Leben gerufen. Zentrales Element war ein Aufmarsch, der von 2003 bis 2008 jährlich Anfang Dezember stattfand. Die Neonazis versuchten so, den Bezirk zur Bereitstellung eines Objekts für ein „nationales Jugendzentrum“ zu zwingen. Zwar verbot der Innensenator die BASO im März 2005, doch die Kampagne wurde relativ schnell von der Berliner JN/NPD, bei der die BASO-Aktivist_innen unterkamen, übernommen. Die Strategie der Dezember-Aufmärsche wurde bis 2008 weitergeführt.



Aufmarsch-Anmelder René Bethage

Die Aufmärsche

Als zentrales Element der Freiraum-Kampagne wurde der Dezember-Aufmarsch von dem NPD-Funktionär René Bethage organisiert und angemeldet.

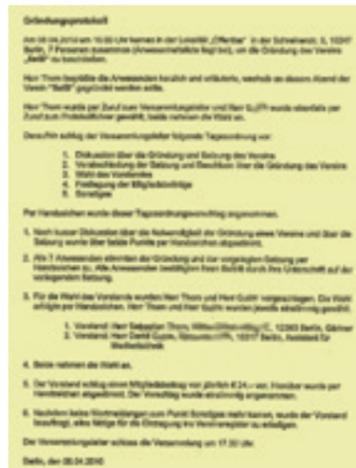
Der erste Aufmarsch 2003 lief durch Treptow-Köpenick und wurde von vorwiegend jugendlichen Neonazis besucht. Im Folgejahr wurde erstmals das später durchgängig benutzte Motto „Jugend braucht Perspektiven“ verwendet. René Bethage wurde während des Aufmarschs verhaftet, weil er Joseph Goebbels zitierte. Der westdeutsche Neonazi-Kader Christian Worch übernahm daraufhin die Aufmarsch-Leitung. Seit 2005 meldete erstmals der Strausberger Neonazi-Kader Sebastian Schmidtko den Aufmarsch an. Die Teilnehmer-Zahlen stiegen in den Folgejahren von 100 (2005), 160 (2006), 550 (2007) auf 800 (2008). 2006 nahmen mit Udo Voigt und Eckehard Bräuninger erstmals Funktionäre der Berliner und Bundes-NPD teil. In den Jahren 2007 und 2008 wurde die Kampagne auf ganz Berlin ausgeweitet und es nahmen überregional Neonazis teil. 2007 wurde der Aufmarsch nach Rudow verlegt, während der Startpunkt ein Jahr darauf in Karlshorst lag. Durch Blockaden der Route konnte erstmals eine deutliche Verkürzung der Strecke erzwungen werden.

Teilnehmer_innenzahlen



Der Tarnverein „Sozial engagiert in Berlin e.V.“

Als Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die Berliner Neonazis mit ihren Forderungen an die Politik und mit ihren Aufmärschen kein Objekt für ein „nationales Jugendzentrum“ bekommen würden, änderten sie ab 2009 ihre Strategie. In einem Interview kündigte Sebastian Schmidtko an, nun Spenden zu sammeln, um ein Objekt erwerben zu können.



Gründungsprotokoll des Neonazi-Tarnvereins



Uwe Meenen (oben rechts)

Im Januar 2010 gelang es den Berliner Neonazis, ein Objekt in Pankow anzumieten. Das Objekt wurde für das volle Spektrum von Neonazi-Aktivitäten genutzt: JN-Versammlungen, Vorträge, Musikveranstaltungen und zur Herstellung und Lagerung von Transparenten und Propaganda. Spätestens im Juni 2010 verließen die Neonazis das Objekt wieder und machten sich auf die Suche nach neuen Räumlichkeiten. Der Berliner Verfassungsschutz hatte Kenntnis von dem Objekt, verheimlichte aber der Öffentlichkeit, wo es sich befand.

Am 6. April 2010 wurde der Verein „Sozial engagiert in Berlin e.V.“ (kurz „SeiB e.V.“) gegründet. Gründungsmitglieder waren neben dem Vorsitzenden Sebastian Thom - Vorsitzender der Neuköllner NPD - ausschließlich Lichtenberger Neonazis, die dem militanten Neonazi-Netzwerk „Nationaler Widerstand Berlin“ zugerechnet werden. Der unscheinbare Name des Vereins wurde bewusst gewählt, um bei der Anmietung von Objekten nicht in den Verdacht zu kommen, diesen für Neonazi-Aktivitäten zu nutzen. Das Gründungsschreiben, dessen Wirksamkeit getrost bezweifelt werden kann, wurde angeblich in einer Kneipe in Friedrichshain aufgesetzt, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr existierte. Der Stellvertreter des Vereins, der Lichtenberger David G., wurde nachdem der Verein im Herbst 2011 öffentlich gemacht wurde, von dem Pankower NPD-Funktionär Uwe Meenen abgelöst. Er ist, genau wie Thom, Mitglied des Berliner NPD-Vorstands. Der Verein ist somit direkt an das höchste Gremium der Berliner NPD angebunden.

Im März 2011 mietete der Verein schließlich das Ladengeschäft in der Lückstraße 58 an und errichtete dort nach Eigenaussage ein „nationales Jugendzentrum“. Von dem Verein gehen keinerlei Aktivitäten aus. Er ist lediglich dazu da, unerkannt Objekte für Neonazi-Projekte anzumieten.

Die Akteure des Vereins

Neben Thom und Meenen gehören dem Verein die Lichtenberger Neonazis David G., Stefanie P., Sebastian Z., Christian B., Stephan A. und Roland S. an. Die Personen machen deutlich, dass der Tarnverein ein Sammelbecken für gewalttätige, überzeugte Nationalsozialist_innen ist. Sebastian Thom war 2006 an einem Angriff auf einen PDS-Wahlstand beteiligt. Im Wahlkampf 2011 bedrohte er zwei Männer mit einem Teppichmesser. Die Polizei durchsuchte seine Wohnung im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen „NW-Berlin“.

Uwe Meenen ist Anhänger des verurteilten Holocaust-Leugners Horst Mahler und selbst dem Spektrum der „Reichsbürger“ zuzuordnen. Der aus Bayern stammende NPD-Funktionär war von 2010 bis 2011 erfolglos Berliner NPD-Vorsitzender und wurde dann von Sebastian Schmidtko abgelöst. Zuletzt kandidierte er für die NPD bei der Europawahl. Die drei Neonazis Christian B., Stefanie P. und Sebastian Z. gehören der Generation von Lichtenberger Neonazis an, die nach dem Verbot der „Kameradschaft Tor“ (2005) in die erste Reihe rückten und durch eine hohe Frequenz an Aktionen und Gewalttaten auffielen.

Christian B. verbrachte aus diesem Grund im Jahr 2006 mehrere Monate im Gefängnis. Seinen Aktivismus hat das nicht gebremst. Stefanie P. zog im Jahr 2006 von Prenzlauer Berg nach Lichtenberg

und versuchte sich als Anti-Antifa-Aktivistin. Im selben Jahr verletzte sie einen Linken am S-Bhf. Ostkreuz. Ihr damaliger Freund Sebastian Z. griff im November 2006 einen Antifa-Stand am S-Bhf. Lichtenberg an. Während eines misslungenen Aufmarschversuchs von „NW-Berlin“ in Kreuzberg (2011) trat er auf am Boden sitzende Gegendemonstrant_innen ein.

David G. ist ebenfalls eine wichtige Figur im Netzwerk von „NW-Berlin“. Er hält sich meist im Hintergrund und fotografiert Gegendemonstrant_innen. Seine Wohnadresse ist gleichzeitig der Sitz des Tarnvereins. Im Jahr 2007 wurde er festgenommen, nachdem er mehrere Jugendliche nach einem Aufmarsch in Pankow angegriffen hatte. Auch Roland S. und Stephan A. können zum Kreis von „NW-Berlin“ gerechnet werden. Stephan A. ging im Jahr 2011 gegen Gegendemonstrant_innen am Rande einer NPD-Kundgebung vor. Im Jahr 2013 versuchte er, sich über ein internationales Presseportal einen Presseausweis zu besorgen. Er schrieb dazu mehrere Artikel auf der Seite, die nach Bekanntwerden gelöscht wurden. Roland S. bedrohte am Rand eines Toleranzfests in Hellersdorf 2011 mehrere Linke.

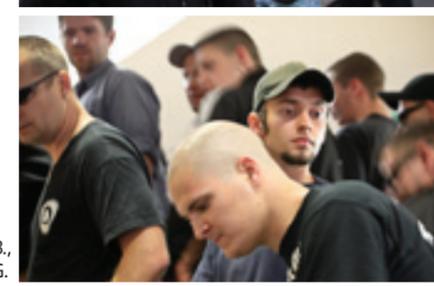
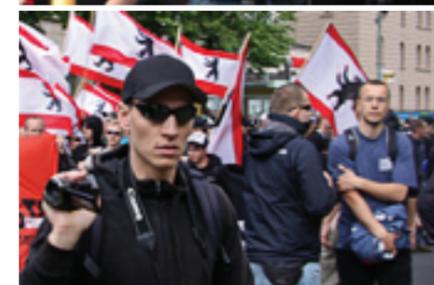


Foto oben: Sebastian Z.; Foto mitte: Christian B., Stephan A. & Sebastian Thom; Foto unten: David G.



v.l.n.r.: Silvio-Meier-Demonstration, November 2011; Antifa-Kundgebung, April 2012; Antifa-Kundgebung, April 2013

Der Neonazi-Treffpunkt in der Lückstraße 58

Anfang des Jahres 2011 schließen Berliner Neonazis mit dem Eigentümer des Hauses in der Lückstraße 58 einen Mietvertrag für das leerstehende ehemalige Gardinengeschäft im Erdgeschoss ab. Der Vertrag begann im März 2011 und war auf fünf Jahre befristet.

Die Neonazis beginnen sofort, die Scheiben mit Metallplatten zu verschrauben, so dass von außen nicht einsehbar ist, was dort passiert. Im August 2011 wird der Neonazi-Treffpunkt entdeckt und von Journalist_innen und Antifaschist_innen öffentlich gemacht.

Zu dem Objekt gehörten mehrere Räume im Erdgeschoss und im Keller. Die Räume wurden für unterschiedliche Aktivitäten genutzt. Hier wurde Neonazi-Propaganda gelagert, unter anderem die Wahlplakate der Lichtenberger NPD während der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011. Es fanden Treffen von Neonazi-Gruppierungen statt, auch mit bundesweiter Relevanz - wie zum Beispiel das Autorentreffen des Neonazi-Wikis „Metapedia“ 2013.

Die Berliner Neonazis veranstalteten an diesem Ort Vortragsveranstaltungen und Feiern. So sprach zum Beispiel 2011 der sächsische NPD-Abgeordnete Arne Schimmer und am 20. April 2012, dem Geburtstag Adolf Hitlers, fand hier eine Feier statt. Die Lichtenberger BVV-Verordnete der NPD, Manuela Tönhardt, rechtfertigte die Hitler-Feier als „nationale Solidaritätsveranstaltung“. Mindestens ein Funktionär der Lichtenberger NPD war an diesem Tag in der Lückstraße anwesend.

Die Neonazis trainierten in den Räumlichkeiten Kampfsport - dabei anwesend unter anderem der mehrfach verurteilte Neonazi-Schläger Christian B. - und nutzten die Lückstraße als Ausgangspunkt für Angriffe und Sachbeschädigungen. In einer Neonazi-Zeitung „Der Aktivist“ beschrieben die Berliner Neonazis das beschönigend so: „Es gibt einen PC-Raum, Kicker, Film- und Spielabende, einen Keller für Feierlichkeiten, Selbstverteidigungsangebote und einen regelmäßigen Kreis, der sich mit politischer Theorie beschäftigt“.

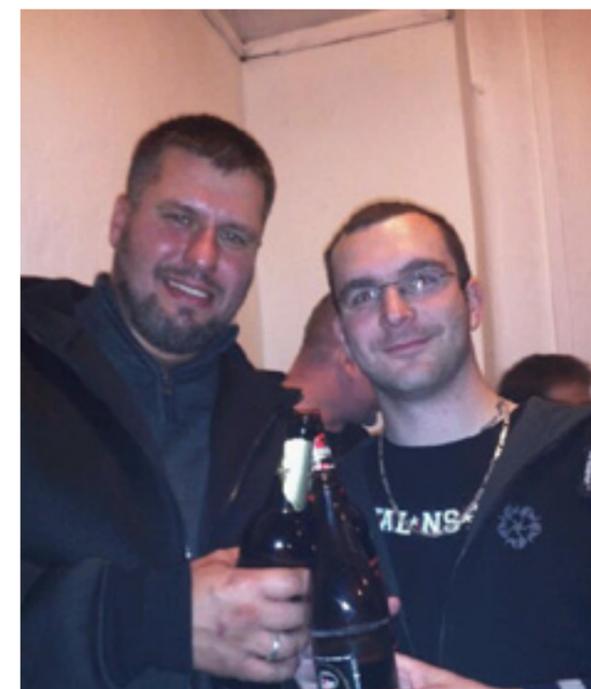
Der Stützpunkt bedeutete einen Angstraum für potentiell betroffene von Neonazi-Gewalt. Im Oktober 2011 wurden mehrere Jugendliche vor der Lückstraße 58 von Vermummten mit Äxten und Schlagstöcken gejagt. Im Februar 2014 wurden zwei Männer dort von sechs Neonazis verprügelt. Die Täter_innen flohen in die Emmanuelstraße, wo sich ein Nebeneingang zum Hof der Lückstraße 58 befindet. Es existieren nur wenige öffentliche Äußerungen der Neonazis zur Lückstraße 58. Auch sind nur zwei Fotos aus dem Inneren bekannt.

Nahmen die Neonazis Bezug auf das Objekt, bezeichneten sie es als ihr „JUZ“. Sebastian Thom nannte es sogar ein „Hausprojekt nationaler Jugendlicher“. Mit der Realität hat das natürlich nichts gemein.

Die Realität ist, dass die Lückstraße 58 innerhalb kurzer Zeit zu einem der wichtigsten internen Treff- und Veranstaltungsräume der Neonazi-Szene in Berlin geworden ist. Von hier aus versuchten die Neonazis, den Kiez zu dominieren, griffen Menschen an und verbreiteten ihre Propaganda.



Foto der Kellerräume der Lückstraße 58 (Screenshot: „Der Aktivist“ 2/2013)



Maik Scheffler (NPD Sachsen) und Sebastian Schmidke in der Lückstraße 58 (Screenshot: Facebook.com)

Neonazi-Aktivitäten rund um die Lückstr. 58 (eine Auswahl)

2011

September – Die Lichtenberger Neonazis Christian B. und Stefanie P. stehen vor der Lückstraße 58 und bedrohen Passant_innen.

Oktober – Die Neonazis Christian B. und David G. fotografieren von der Lückstraße 58 aus zivilgesellschaftlich Engagierte die eine Kundgebung vor dem Treffpunkt machen. Mehrere Neonazis jagen Jugendliche mit Pfefferspray und Äxten vor der Lückstraße 58. Etwa 50-70 Neonazis aus Sachsen verbringen den Abend in der Lückstraße 58, nachdem sie eine vom NPD-Vorsitzenden Sebastian Schmidke geleitete Stadtbesichtigung gemacht haben.

November – Etwa 15 Neonazis verschanzen sich auf dem Hinterhof der Lückstraße 58, als eine Antifa-Demo daran vorbeizieht.

Dezember – Der sächsische NPD-Abgeordnete Arne Schimmer referiert in der Lückstraße 58.

2012

Januar – Eine weitere Veranstaltung findet im Treffpunkt statt. Am Eingang wird ein Hakenkreuz gesprüht.

Februar – Neonazis machen den Park vor der Lückstraße 58 mit Sprühereien zum „Dresden-Gedenk-Park“.

März – Zum einjährigen Bestehen findet eine Feier in dem Treffpunkt statt.

April – Neonazis feiern den Hitler-Geburtstag in der Lückstraße 58.

September – In der Lückstraße 58 feiern etwa 15 Neonazis und rufen wiederholt „Sieg Heil“. David G., Stephan A., Roland S. stehen während einer Antifa-Kundgebung vor der Lückstraße und machen Fotos.

November – Neonazis halten eine Kundgebung gegen die Silvio-Meier-Demo in der Lückstraße ab, und gehen danach in ihren Treffpunkt.

2013

März – Dutzende Neonazis feiern an zwei Abenden das zweijährige Bestehen des Treffpunkts.

Mai – Nach dem 1.Mai-Aufmarsch in Schöneeweide versammeln sich mehrere Neonazis in der Lückstraße 58. Im Neonazi-Stützpunkt begehen die Lichtenberger Neonazis den „Männertag“. Die Neonazi-Gruppe zieht um 15:45 Uhr durch die Lückstraße und Weitlingstraße und ruft „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“.

Juli – In der Lückstraße 58 findet eine Neonazi-Feier statt.

Oktober – Mehrere Autor_innen der Neonazi-Internetseite „Metapedia“ veranstalten ein bundesweites Treffen in der Lückstraße 58.

Dezember – In der Silvesternacht findet eine Feier im Neonazi-Treffpunkt statt.

2014

Februar – Zwei Linke werden von 5-6 Neonazis vor der Lückstraße angegriffen, geschlagen und getreten.

März – Neonazis & Rocker feiern eine Party in dem Neonazi-Treffpunkt.

Mai – Auf einer Spanplatte, die die Frontscheiben ersetzt, werden von Neonazis mehr als 20 Plakate mit der Aufschrift „L58 bleibt - Angriffe nehmen wir persönlich“ plakatiert. Am „Herrentag“ versammeln sich 25 Neonazis vor der Lückstraße und bedrohen anwesende Antifaschist_innen.



Neonazis in der Lückstraße 58 während einer Antifakundgebung am 20. April 2013

Beispiel: Rheinische Straße 135 in Dortmund

Die Rheinische Straße 135 in Dortmund-Dorstfeld ist ein weiteres Beispiel für eine von Neonazis genutzte Immobilie und hat die größte Ähnlichkeit mit der Lückstraße 58 in Berlin.

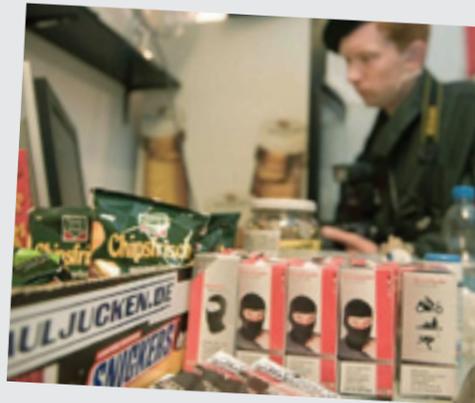
Das „Nationale Zentrum“ in der Rheinischen Straße 135 wurde seit September 2009 als Treffpunkt von Neonazis genutzt. Vor allem dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ diente das Objekt als Treffpunkt und Veranstaltungsort. Die Stadt Dortmund kaufte das Haus 2011 und kündigte den Neonazis. Bevor die Neonazis jedoch endgültig ausziehen konnten, – sie hatten gegen die Kündigung 2011 Einspruch erhoben – wurde im August 2012 der „Nationale Widerstand Dortmund“ verboten. Daraufhin wurden die Räumlichkeiten in der Rheinischen Straße durchsucht und es wurden alle vorhandenen Sachen beschlagnahmt.

Die bei dieser Aktion entstandenen Fotos dokumentieren eindrucksvoll die Nutzungsmöglichkeiten eines solchen Objekts für Neonazis. So wurden tausende NPD-Wahlplakate und anderes Propaganda-Material gefunden, welches dort zwischengelagert werden konnte. Des Weiteren deutete die Ausstattung der Küche daraufhin, dass auch die Versorgung von größeren Gruppen kein Problem darstellte. Sichtbar aufgehängte Verhaltensregeln hielten die Kamerad_innen zur gegenseitigen Rücksichtnahme und Ordnung an - Fotos waren strikt verboten, geraucht werden durfte nur im Hinterhof.

Die Ausstattung der Räume zeigt deutlich, dass eine Immobilie den Neonazis die Struktur bietet, die sie für ihre politische Arbeit benötigen. Aber nicht nur das. Die soziale Funktion, die von solchen Räumen ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Die Vernetzung sowohl zwischen NPD und freien Nationalisten als auch die Neuanwerbung von Jugendlichen kann in solchen Zentren besser als anderswo erfolgen.



links: das Haus in der Rheinischen Straße 135; rechts, von oben nach unten: Verhaltensregeln, Sturmhauben, NPD-Plakate - Einblicke in das Innenleben



Der Rechtsstreit

Nachdem Journalist_innen den Neonazi-Stützpunkt in der Lückstraße 58 im August 2011 öffentlich gemacht hatten, kündigte der Vermieter des Hauses den Mietvertrag mit dem Neonazi-Tarnverein „Sozial engagiert in Berlin e.V.“. Da die Neonazis nicht freiwillig die Räume verlassen wollten, reichte er eine Räumungsklage ein. Diese verlor er in erster Instanz im Jahr 2011. Im November 2013 fand die Verhandlung der zweiten Instanz vor dem Berliner Kammergericht statt. In diesem Rahmen einigten sich der Vermieter und die Neonazis, vertreten durch den Szeneanwalt Carsten Schrank, auf einen Vergleich. Dieser verpflichtete die Neonazis, bis zum 31. Mai 2014 auszuziehen, erließ ihnen jedoch die Betriebskostenabrechnung für 2013 und 2014.

„Im Endergebnis wurde die Mietdauer seitens des Klägers erheblich gekürzt, es sind ungeplante Kosten hinzugekommen und der Verein SEIB steht wieder ohne feste Bleibe da. Deshalb ist dieses Vergleichsergebnis eindeutig als Niederlage zu sehen.“

(Neonazi-Wiki Metapedia)

Proteste

Proteste und die Thematisierung von Neonazi-Treffpunkten können auf unterschiedlichen Ebenen, durch unterschiedliche Akteur_innen und mit verschiedenen Aktionsformen realisiert werden. Ohne eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen wäre die Schließung des Treffpunktes in der Lückstraße 58 schwerer möglich gewesen. Im Folgenden sollen diese kurz vorgestellt werden.

Protestieren...

Mit mehreren Demonstrationen und Kundgebungen wurde gegen den Neonazi-Treffpunkt in der Lückstraße 58 protestiert. Damit wurde das Objekt gezielt einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Am 11. September 2011 – kurz nach der Entdeckung des Neonazi-Treffpunktes – gab es eine Demonstration mit 300 Antifaschist_innen vom Ostkreuz zum „NW-Berlin“-Stützpunkt. Auch die Silvio-Meier-Demonstrationen 2011 und 2012 thematisierten die Räumlichkeiten. Am 20. April 2012, 8. September 2012 und 20. April 2013 fanden Kundgebungen von Anwohner_innen und Antifaschist_innen statt.

Den Abschluss der Proteste bildete eine Kundgebung am 29. Mai 2014 – drei Tage vor dem Auszug der Neonazis aus dem Ladengeschäft.



Demonstration gegen die Lückstraße 58, 11. September 2011

Informieren...

Eine zentrale Position in der Öffentlichkeitsarbeit nahmen Publikationen wie Flyer oder Faltblätter ein, um Anwohner_innen oder politische Akteur_innen im Bezirk zu informieren und zu aktivieren. So entstanden in den letzten drei Jahren mehrere Reihen von Flyern, die von Antifa oder anderen Strukturen wie den Bündnissen ALKALIJ oder dem „Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz“ erarbeitet wurden. Diese Informationsmaterialien wurden bei verschiedenen Kundgebungen, Demonstrationen, aber auch bei Lichtenberger Kiezfesten verteilt.

Das „Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz“ erstellte eine Ausstellung zur Lückstraße 58. Dort wurde über die Nutzer_innen, deren Aktivitäten und über die extreme Rechte allgemein informiert. Diese Ausstellung wurde seit Sommer 2012 an verschiedenen Orten im Bezirk und in Berlin gezeigt. Das „Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz“ veranstaltete von August bis Dezember 2012 einen 4-monatigen Wettbewerb mit dem Titel „Bunter Wind für Lichtenberg“, bei dem Vorschläge für eine Nachnutzung der Lückstraße 58 eingereicht werden konnten. Weiterhin veranstaltete das Bündnis Pressegespräche und Anwohner_innentreffen. Im Zusammenhang mit der Vielzahl von neonazistischen Schmierereien im Weitlingkiez im Juli 2013, die im direkten Umfeld der Lückstraße 58 lagen und diesen Treffpunkt zum Teil thematisierten, schrieb dieses Bündnis einen geschlossenen Brief an den Senat und den Polizeipräsidenten. Es folgten positive Reaktionen.

Beraten...

Während der ganzen Zeit erfolgte eine kontinuierliche juristische Beratung und Begleitung des Vermieters. Dieser reichte Klage ein. Nach langer juristischer Auseinandersetzung wurde im November 2013 schließlich ein Vergleich geschlossen, der beinhaltete, dass die Lückstraße am 31. Mai 2014 dem Vermieter zu übergeben ist.



Ausstellung des Lichtenberger „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“, Sept. 2012

Chronik der Proteste und Aktionen gegen den Neonazi-Stützpunkt (Auswahl)

2011		2012		2013		2014	
August 2011 Beschädigung der Fassade mit schwarzer Farbe	September 2011 Demonstration mit 300 Menschen	November 2011 Demonstration mit 5000 Menschen	April 2012 Kundgebung gegen die Hitlerfeier	August 2012 „Bunter Wind“ Wettbewerb	September 2012 Kundgebung	April 2013 Kundgebung	April 2013 Flyerverteilung gegen die Lückstraße
			November 2012 Demonstration mit 3000 Menschen				Februar 2014 Infoveranstaltung zur Lückstraße
							Mai 2014 „Winke Winke“ Kundgebung

Was tun?

Mit der Kündigung der Räumlichkeiten in der Lückstraße 58 beginnt für die Neonazis die Suche nach einem neuen Objekt, welches als „Berliner Jugendzentrum“ fungieren kann. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten ist dabei keineswegs auf Lichtenberg beschränkt, sondern wird sicherlich berlinweit erfolgen. Sollten Neonazis in Ihrer Nachbarschaft einen Treffpunkt etablieren wollen, stehen einige Handlungsoptionen zur Verfügung:

1. Informieren über Verein und beteiligte Neonazis

Die Öffentlichkeit muss auf verschiedenen Ebenen und mithilfe unterschiedlicher Mittel und Aktionsformen über den Verein und die beteiligten Neonazis informiert werden. Nur so kann eine Neuvermietung durch „Sozial engagiert in Berlin e.V.“ („SeiB e.V.“) und andere Neonazi-Tarnvereine verhindert werden. Dabei können zum Beispiel Vermieter_innen mit leeren Immobilien vor Ort direkt angesprochen werden. Dies können Anwohner_innen genauso machen wie das Bezirksamt.

2. Neonazi-Beobachtungen melden

Wenn Neonazis beobachtet werden, wie sie neue Räumlichkeiten beziehen, sollte dies den lokalen antifaschistischen und/oder zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und Bündnissen oder dem Bezirksamt mitgeteilt werden. Mit diesen Partner_innen können gemeinsam Ideen entwickelt werden, was gegen den Neonazi-Treffpunkt unternommen werden kann. Im Idealfall kann vielleicht sogar noch der Vertrag aufgelöst werden.

3. Neuer Treffpunkt – Neue Proteste

Wenn ein neuer Neonazi-Treffpunkt angemietet wird, muss dies zu neuen antifaschistischen Protesten führen. Wichtig ist es auch hier, schnell zu reagieren, um einen Normalisierungs- und Gewöhnungsprozess im Stadtteil zu verhindern. Werden die Neonazis erst einmal akzeptiert oder toleriert, ist es schwierig, die extrem rechte Ideologie der Nachbar_innen als Problem zu thematisieren. Egal, welche Aktionsform und welche Mittel gewählt werden: Am Ende sollte immer die Schließung des Neonazi-Treffpunktes stehen.

Aktuelle Neonazi-Treffpunkte

Kneipe Sturgis (Margaretenstr. 21)

Die Rocker-Kneipe Sturgis verfügt seit etlichen Jahren gute Kontakte zu Neonazis wie z.B. der Kameradschaft Spreewacht. Im Jahr 2011 griffen von hier aus Gäste einen politischen Kiezrundgang der SPD an. Mehrfach kehrten hier Neonazis - auch von „NW-Berlin“ - nach Aufmärschen ein.

Tattoostudio Utgard (Fanningner Str. 35)

Einer der Betreiber des Tattoostudio Utgard ist der Neonazi Frank Lutz. In den 1990er Jahren war er Parteifunktionär der „Nationalen Alternative“ und der FAP, sowie an der „Besetzung“ der Weitlingstraße 122 beteiligt. Frank Lutz sticht seinen Kund_innen auch neonazistische Symbole, wie Hakenkreuze, Runen und NS-Größen.

„Keine Vermietung mehr an rechtsextreme Mieter“

Die Berliner Wohnungsbaugesellschaften STADT UND LAND und degewo haben sich verpflichtet in Zukunft keine Gewerbemietverträge mehr mit neonazistischen Mietern abzuschließen. So darf das Sortiment von Ladengeschäften keine neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalte haben. Weiterhin ist es untersagt, Modemarken oder Devotionalien zu verkaufen, die in der Öffentlichkeit mit der Neonazi-Szene verbunden werden. Auch Gaststätten, Restaurants und Kneipen werden von dieser Regelung erfasst. Dort dürfen keine Veranstaltungen stattfinden, auf denen neonazistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird.



Pressekonferenz im „Zentrum für Demokratie“ Schöneeweide

Diese Broschüre wurde von der Antifa Hohenschönhausen, dem „Recherche Team Lichtenberg“ und Einzelpersonen erstellt. Sie ist Teil des Rechercheprojektes „Motiv Rechts“ in dessen Rahmen bisher zwei Ausstellungen und drei Broschüren (2002, 2005 und 2012) veröffentlicht wurden. Sie ist kostenlos. Die Verteiler_innen sind nicht mit den Autor_innen identisch. Die Rechte der Bilder liegen bei den jeweiligen Fotograf_innen. Auflage: 1.000 Stück.

Antifa Hohenschönhausen

www.ah.antifa.de
antifah@web.de

Weitere Initiativen im Bezirk Lichtenberg:

Antifaschistische Initiative Nord-Ost

www.aino.blogspot.eu
aino-berlin@riseup.net

Jugendbündnis ALKALIJ

www.alkalij.org
alkalij@riseup.net

Stadtteilzeitung Abuje

www.abuje.de
abuje@riseup.net

Licht-Blicke - Netzwerk für Demokratie

www.licht-blicke.org
mail@licht-blicke.org

Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz

www.lichtenbergerbuendnis.de
lichtenbergerbuendnis@web.de

